



- Ich möchte **kostenlose Infos erhalten** über die „Schritte zur Abrüstung“
- Ich habe den **elektronischen Newsletter** auf der Website www.schritte-zur-abruestung.de abonniert und benötige keine weitere Info-Post.
- Ich möchte weiter ein- bis zweimal jährlich die **Info-Post** über die Schwerpunkte im Rahmen der „Schritte zur Abrüstung“ erhalten und überweise 5,- Euro für Porto, Druck- und Versandkosten an die *DFG-VK, Kto-Nr. 8104600, BFS Köln, BLZ 370 205 00.*
- Ich möchte **Mitglied** in der DFG-VK werden.

Ich möchte **Infos weitergeben** und bestelle folgende *Themenfaltblätter*:

- ... St. Schritte zur Abrüstung - kostenlos
- ... St. Wehrpflicht abschaffen! 5 St. 0,50 €
- ... St. Rüstungsexporte stoppen! 5 St. 0,50 €
- ... St. Atomwaffen verschrotten! 5 St. 0,50 €
- ... St. Umstellung fördern! 5 St. 0,50 €
- ... St. Konflikte zivil bearbeiten! 5 St. 0,50 €
- ... St. Auslandseinsätze beenden! 5 St. 0,50 €
- ... St. Europa abrüsten! 5 St. 0,50 €
- ... St. Wozu Bundeswehr? 5 St. 0,50 €

zuzüglich 2,50 € Versandkosten pro Bestellung

Datum und Unterschrift



Friedenspolitik braucht Organisation

Eine Politik der Abrüstung und zivilen Konfliktbearbeitung wird nicht vom Himmel fallen. Dafür braucht es Friedensorganisationen, die von staatlichen Mitteln und Interessen wie auch von Parteien und deren Machtkalkül unabhängig sind. Nur Friedensorganisationen mit fester Mitgliedschaft, festen Strukturen und eigenen Finanzmitteln können kontinuierlich auf die öffentliche Meinung Einfluss nehmen und ein Gegengewicht setzen zur Lobby der Militär- und Kriegsbefürworter. Es reicht nicht, erst dann zu protestieren, wenn wieder ein Krieg im Gange ist. Die Mitglieder der DFG-VK haben die Grundsatzklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner (War Resisters' International WRI) unterschrieben:

„Der **Krieg** ist ein **Verbrechen** an der **Menschheit**. Ich bin daher entschlossen, **keine Art von Krieg** zu unterstützen und an der **Beseitigung aller Kriegursachen** mitzuwirken.“

Weitere Infos: www.dfg-vk.de, www.schritte-zur-abruestung.de, www.wehrpflicht-nein-danke.de

Dieses Faltblatt wird herausgegeben von der Arbeitsgruppe „Schritte zur Abrüstung“ der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk zur Förderung der Friedensarbeit der DFG-VK Bayern, Schwanthalerstr. 133, 80339 München.

Vi.S.d.P.: Thomas Rödl c/o DFG-VK Bayern, Schwanthalerstr. 133, 80339 München
Konzept, Text und Gestaltung: Kai-Uwe Dosch

Wir bitten um (steuerabzugsfähige) Spenden zur Finanzierung der Projekte der Bertha-von-Suttner-Stiftung auf das Kto.-Nr. 817 46 07, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00.

worden.

Wehrpflicht und Gleichheit

Die Wehrpflicht ist nur dem Namen nach „allgemein“. In der Sache verstößt sie in zwei wichtigen Gesichtspunkten gegen den Grundsatz der Gleichheit. Erstens müssen nur Männer als Wehrpflichtige dienen, Frauen können nur als Freiwillige in der Bundeswehr arbeiten. Dabei ist nicht zu vernachlässigen, dass die Vermittlung traditioneller Männlichkeitsbilder in der Armee für die Gesellschaft noch immer eine große Rolle spielt.

Zweitens gehen eben nicht alle Wehrpflichtigen zur Musterung, nicht alle Gemusterten zum Wehrdienst. Statistisch leisten nur ca. 42 % eines Jahrgangs überhaupt irgendeinen Dienst, davon ca. 26 % Zivildienst und nur ca. 16 % Wehrdienst. Faktisch ist die Regel schon lange zur Ausnahme geworden. Besonders übel ist hier, dass relativ mehr Kriegsdienstverweigerer Zivildienst leisten als andere Wehrpflichtige Wehrdienst. Von einer verfassungsgemäß gebotenen Wehrgerechtigkeit kann längst keine Rede mehr sein.

Wie wird kein Wehrdienst geleistet?

Es ist zu unterscheiden zwischen individuellen und der politischen Ansätzen. Drei Wege, selbst keinen Wehrdienst zu leisten, bieten sich an. Erstens gibt es

die Vermeidung der ganzen Wehrpflicht: Wer einfach abwartet, wird vielleicht gar nicht herangezogen. Wer spezielle gesundheitliche Beschwerden hat, wird ausgemustert. Wer in speziellen familiären Situationen ist, wird befreit. Wer in speziellen beruflichen Ausbildungen ist, wird zurückgestellt.

Zweitens ist die Leistung anderer Dienste zur Erfüllung der Wehrpflicht möglich: Die staatlich anerkannten Alternativen reichen vom Katastrophenschutz über die Entwicklungshilfe, den anderen Dienst im Ausland, das freiwillige Jahr und den Dienst bei der Polizei bis zum freien Arbeitsverhältnis. Ein Ziviler Friedensdienst o.Ä. wird auch immer wieder in diesem Kontext diskutiert, wäre jedoch für uns nur dann akzeptabel, wenn dieser staats- und wehrpflichtunabhängig durchgeführt würde.

Drittens bleibt immer noch der Weg der Verweigerung: Die DFG-VK erachtet die Verweigerung der Kriegsdienste sowohl mit als auch ohne Waffe als einen wichtigen Beitrag gegen Krieg und Kriegsvorbereitung. Wir unterstützen die Total-Verweigerung, die die ganze Wehrpflicht ablehnt und vor Gericht ein klares Zeichen setzt. Wir unterstützen auch die Regel-Verweigerung, wenn und soweit sie zum politischen Engagement führt. Wir setzen uns ein für das uneingeschränkte Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung.

Wie wird die Wehrpflicht abgeschafft?

Auch bei den kollektiven Aktivitäten zur Abschaffung der Wehrpflicht gibt es verschiedene Möglichkeiten. Die DFG-VK und andere Verbände haben nicht nur die Kriegsdienstverweigerung, sondern auch die Abschaffung der Wehrpflicht mit vielen guten Gründen gefordert. Parteien wie Grüne, SPD und FDP haben zwar nicht alle, aber manche Ansätze aufgegriffen. Da ist zunächst die finanzielle Argumentation: Kosten des Wehrdienstes und der Wehrpflicht sind zu hoch.

Sodann gibt es eine juristische Argumentation: Aufgrund der oben genannten „Wehrgerechtigkeit“ können

Klagen wegen Verletzung des Grundrechts auf Gleichheit vor dem Gesetz (GG, Art. 3, Abs. 1) eingereicht werden. Wenn sich die Lage weiter zuspitzt könnten diese aufgrund der heutigen Rechtsprechung durchaus Aussicht auf Erfolg vor einem Verwaltungs- oder dem Verfassungsgericht haben.

Zuletzt bleibt noch die politische Argumentation: Die Verkürzung der Dienstzeit bedeutet zwar mehr Wehrdienstplätze, aber wohl auch weniger Zivildienstplätze, weil in vielen Bereichen ein Dienst dieser kurzen Zeit keinen Sinn mehr macht. Dienststellen sehen sich nach Alternativen um. Damit hat auch das Argument „Wir müssen die Wehrpflicht erhalten, um den Zivildienst zu erhalten“ weniger Gewicht.

Wenn wir die Wehrpflicht abschaffen, schaffen wir damit allein noch keinen Frieden. Eine Berufsarmee oder gar eine Söldnerarmee ist auch ein militärisches Instrument für das politische Interesse zur Sicherung von Herrschaft und Macht. Frieden schaffen wir nur, wenn wir auch das Militär abrüsten und schließlich abschaffen. Dazu sind viele Schritte auf einem langen Weg nötig. Es ist wichtig, dass jeder Einzelne diesen Weg des Widerstands gegen Wehrpflicht, Militär und Krieg geht. Doch es ist noch wichtiger, dass alle Einzelnen sich zu einer Bewegung vereinen.

Zu unserem Ziel einer wirklichen Friedenspolitik gehört neben der Beendigung von Auslandseinsätzen, dem Abzug von Atomwaffen und dem Stopp von Rüstungsexporten auch die wirkliche Abschaffung der Wehrpflicht durch eine Änderung des Art 12 a GG. Diese Ziele erreichen wir aber wohl nicht in einem, sondern nur in mehreren Schritten. Als einen solchen Schritt begrüßen wir die Aussetzung der Wehrpflicht, wie es nun auch die FDP und Teile der Union fordern. Damit sie nie wieder eingesetzt wird, ist es am wichtigsten, dass diese Bewegung für weitere Schritte zur Abrüstung eine starke Unterstützung erfährt.

Stand: Juli 2010

Wehrpflicht



abschaffen!



Wie wird der Wehrdienst geleistet?

„Eines Tages war es soweit. Da kam ein Brief ins Haus geschneit. Das war mein Musterungsbescheid“, heißt es in einem Lied aus dem Jahr 1979. Mehr als dreißig Jahre später kennt kaum einer mehr das Lied, doch jeder noch das, was es beschreibt: die Wehrpflicht. Das Grundmuster hat sich nicht geändert, nach der Erfassung kommt die Musterung, nach der „erfolgreichen“ Musterung die Einberufung. Nur die Dauer und andere Einzelheiten wechseln je nach Jahrgang und Ausbildung, doch es bleibt am Ende immer zu wenig Geld und zu viel Zeit.

Auch die von der schwarz-gelben Koalition beschlossene Verkürzung, ein fauler Kompromiss zwischen der von der CDU gewollten Erhaltung und der von der FDP gewollten Abschaffung, zögert das Ende der Wehrpflicht nochmals hinaus. Erst die aktuelle Finanzkrise lässt wieder einmal auf den endgültigen Todesstoß hoffen.

Wehrpflicht und Demokratie

Theodor Heuss, der erste deutsche Bundespräsident, nannte die Wehrpflicht „das legitime Kind der Demokratie“. Zwar wurde sie wirklich erstmals nach der französischen Revolution 1793 eingeführt, aber von monarchistischen und nationalistischen Regimen in allen üblen Kriegen danach eingesetzt. Den Höhepunkt erreichte diese Entwicklung, als Adolf Hitler ein ganzes Volk zu mitlaufenden Massenmördern gemacht hat. Wehrpflicht ist also eher das Kind des Nationalismus als der Demokratie, aber ihre Geschichte wird bis heute verdreht.



Bundespräsident T. Heuss

Die Bundeswehr ist wie alle anderen Wehrpflichtarmeen keine reine Wehrpflichtarmee, sondern besteht aus einer Mischung aus Wehrdienstleistenden, Zeit- und Berufssoldaten. Die Bundeswehr ist wie alle anderen Armeen

überhaupt auf dem Grundsatz von Befehl und Gehorsam aufgebaut. Es liegt in der Sache selbst, dass Zeit- und Berufssoldaten eher befehlen, Wehrdienstleistende eher gehorchen, d.h. durch die Wehrpflicht eher das Militär auf die Gesellschaft einwirkt als die Gesellschaft auf das Militär. Eine Freiwilligenarmee ist also zwar nicht demokratischer, doch auch nicht undemokratischer als eine Wehrpflichtarmee.

Auch die Masse der freiwilligen Zeit- und Berufssoldaten entscheidet nicht über Sinn und Zweck der Armee. Wenn überhaupt, dann entscheidet nur eine kleine Elite von Soldaten wirklich mit über Aufgaben und Einsätze der Bundeswehr. Nur in einer (Militär-)Diktatur kann das Militär über sich selbst allein bestimmen. In einer Demokratie bestimmt die Politik (theoretisch) mehr oder (praktisch) weniger mit. Das Militär ist nicht einfach Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck der Sicherung von Macht und Herrschaft nach innen und außen.

Wirkliche Freiwilligenarmeen gab es nur selten in der Geschichte, z.B. nach der französischen Revolution 1792. In der Gegenwart gibt es meist entweder rechtlich begründete Wehrpflichtarmeen oder Freiwilligenarmeen mit einer wirtschaftlich begründeten „Wehrpflicht“. Gebildete und/oder Reichere vermeiden sowieso oft den Wehrdienst. Auch die Bundeswehr stellt darum eher einen Zerrspiegel als einen Spiegel der Gesellschaft dar.

Wehrpflicht und Zivildienst

Immer öfter hört man in Diskussionen das Argument: „Wir können die Wehrpflicht nicht abschaffen, weil wir dann den Zivildienst nicht erhalten können.“ Politisch werden hier Regel und Ausnahme verwechselt, denn juristisch ist die Lage ganz klar: Der Zivildienst ist als Ersatzdienst die Folge des Wehrdienstes für die, die den Kriegsdienst verweigern - und nicht umgekehrt. Der Wehrdienst bzw. die Wehrpflicht steht jedoch in der Verfassung in Art. 12 a (1) nur als Kann-Bestimmung, auch wenn das oft fälschlich als Muss-Bestimmung gesehen wird. Das Verbot des Zwangs zum Kriegsdienst in Art. 4 (3) stellt dagegen eine rechtlich gewichtigere Darf-nicht-



Zivil- und Wehrdienst Seit' an Seit'

Bestimmung dar, die oft gar nicht gesehen wird.

Weil der Zivildienst nur durch den grundgesetzlich erlaubten Wehrdienst und nicht durch einen völkerrechtlich verbotenen allgemeinen Zwangsdienst begründet werden kann, darf er in der Theorie auch nicht den Arbeitsmarkt im Sozialsystem beeinflussen. In der Praxis tut er es aber dennoch: Zivildienstplätze vernichten Arbeitsplätze und Zivildienstsold drückt Arbeitslöhne. Dies ermöglicht eine Senkung des Sozialbudgets und damit auch eine Steigerung des Militärbudgets, wenn alle anderen Bedingungen gleich bleiben.

Dabei verursacht die Einberufung von Zivildienstleistenden hohe Kosten für die staatliche Verwaltung (Erfassung, Musterung, Bundesamt für den Zivildienst), aber nur sehr niedrige Kosten für die Einrichtungen, in denen der Dienst geleistet wird. Deshalb ist der Zivildienst volkswirtschaftlich für den Staat nicht billiger als Freiwilligen- bzw. reguläre Arbeitsplätze, nur betriebswirtschaftlich für die einzelne Dienststelle rechnet er sich.

Darüber hinaus widersprechen die Dienstpflichten den Menschenrechten: Weder beim Wehr- noch beim Zivildienst sind Männer und Frauen gleichgestellt; man kann nie frei an Kundgebungen teilnehmen, in Gewerkschaften eintreten, Wohnungen wechseln oder Weiterbildungen wählen.

Wehrpflicht und Sicherheit

Die Wiederbewaffnung, d.h. die Gründung der Bundeswehr nach dem Zweiten Weltkrieg, stand im historischen Kontext der Konfrontation zwischen Ost- und Westblock und der jeweiligen Blockintegration von Ost- und

Westdeutschland. Seit der Wiedervereinigung strebt Deutschland zurück zur „Normalität“ eines Staates, der sein Militär nach seinen Interessen international einsetzen kann. Immer weiter bildet die Bundeswehr jährlich Zehntausende Wehrpflichtige aus, damit sie im Krieg eine Million Soldaten einsetzen kann.

Doch die Friedensbewegung und die Bundesregierung stimmen darin völlig überein, dass Deutschland nur von Freunden und Verbündeten umgeben ist. Die nötige Verteidigung gegen einen möglichen Angriff ist äußerst unwahrscheinlich. Die Bundeswehr hat sich darum von „Verteidigungs-“ zu so genannten „Einsatzstreitkräften“ gewandelt, d.h. zu militärischen Interventionskräften. Wenn es keine Verteidigungsarmee oder Invasionsarmee mehr geben soll, dann braucht es derzeit auch keine Massenarmee und keine Laienarmee oder kurz gesagt keine Wehrpflichtarmee mehr zu geben. Doch die Bundeswehr hält immer noch am Grundsatz der „Aufwuchsfähigkeit“, d.h. der schnellen Mobilisierung von Reservisten, fest. Eine Aussetzung der Wehrpflicht ist eine Verabschiedung von der Vorstellung „großer (Verteidigungs- oder Angriffs-)Kriege“.

Mit einer kleineren Armee sind aber noch immer kleinere Interventionen möglich. Eine Armee im (Auslands-)Einsatz braucht besser bezahlte und ausgebildete Soldaten, d.h. freiwillige Zeitsoldaten statt Kanonenfutter. Die Tätigkeiten von Soldaten und Söldnern nähern sich immer mehr an. In diesem Kontext dient der Grundwehrdienst nur noch als (An-)Werbemaßnahme für freiwillig längeren Wehrdienst, dieser wieder als (An-)Werbemaßnahme auch für Gymnasiasten statt nur für Hauptschüler als Zeit- und Berufssoldaten. So scheint die Wehrpflichtarmee eine billigere, die Freiwilligenarmee eine teurere Art der Rekrutierung zu sein. Doch wie der Zivildienst ist der Wehrdienst nur betriebswirtschaftlich gesehen sinnvoller, volkswirtschaftlich gesehen nicht.

Schließlich spricht auch die Entwicklung in unseren zwischenstaatlichen Sicherheitsbündnissen eine klare Sprache: In 23 der 28 NATO-Mitgliedsstaaten und in 21 der 27 EU-Mitgliedsstaaten ist die Abschaffung der Wehrpflicht schon beschlossen oder umgesetzt

Schritte zur Abrüstung



Krieg ist wieder ein Mittel der Politik geworden. Krieg ist aber die falsche Antwort auf Terrorismus und andere Bedrohungen. Militär löst keine Konflikte.

Notwendig ist die Bearbeitung und Lösung von Konflikten mit gewaltfreien und zivilen Mitteln.

Daher fordern wir als Schritte zur Abrüstung:

- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Eine deutliche Verkleinerung der Bundeswehr und die Abschaffung der Wehrpflicht
- Abzug aller Atomwaffen aus der BRD
- Kürzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5 % jährlich
- Stopp aller Rüstungsexporte
- Förderung ziviler Konfliktbearbeitung und der Friedensforschung mit 500 Mio. Euro jährlich
- Entmilitarisierung der Europäischen Union

Hiermit erkläre ich meine Zustimmung zu den Forderungen. Mit der Veröffentlichung meines Namens/meiner Funktion bin ich einverstanden/nicht einverstanden (Unzutreffendes streichen).

Name:

Funktion:

Straße:

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift:

Weitere Informationen:
www.schritte-zur-abruestung.de

Info-Scheck

Bitte im frankierten Briefumschlag einsenden!

DFG-VK

Materialversand

Haußmannstr. 6

70188 Stuttgart

Absender/in:

Name:	<input type="text"/>
Straße:	<input type="text"/>
PLZ/Ort:	<input type="text"/>
Telefon/E-Mail:	<input type="text"/>

Ich möchte **kostenlose Infos erhalten** über...

die Organisation **DFG-VK**

Zivilcourage, die Zeitschrift der DFG-VK

weitere Aktionen „**Schritte zur Abrüstung**“